
Die internationale Hilfe und die politische Ökonomie des ägyptischen Aufstands

ADAM HANIEH

Die Volksaufstände, die im Januar 2011 in Tunesien begannen und sich rasch über weite Teile des Nahen Ostens ausdehnten, haben den politischen Status quo in der Region dramatisch umgewälzt. Sie offenbarten eine bemerkenswerte Labilität der Regime in der arabischen Welt. Diese Regime, die sich lange Zeit auf Netzwerke aus Sicherheitspolizei (*mukhabarat*) und Schlägertrupps (*baltajiya*) stützten, haben in der Bevölkerung einen unerschütterlichen Pessimismus gegenüber möglichen Veränderungen geschürt. Doch ihre Kontrollmechanismen brachen innerhalb weniger Wochen zusammen, als Millionen von Menschen ihre Angst überwandten und auf die Straße gingen. Ein kritischer Wendepunkt wurde am 11. Februar 2011 erreicht, als der ägyptische Präsident Hosni Mubarak nach drei Wochen ständiger Demonstrationen und Mobilisierungen (und mehr als 800 Toten und Tausenden Verletzten) stürzte. Als Mubaraks Rücktritt in der ganzen Welt gefeiert wurde, war dies das Zeichen für weitere Aufstände in den Nachbarländern – einschließlich Bahrain, Libyen, Jemen, Marokko und Algerien.

Der Charakter dieser Aufstände lässt sich teilweise durch das arabische Wort *Intifada* ausdrücken – es bezeichnet ein Gefühl des «Abschüttelns». Aber die Bewegung, die, inspiriert durch das Ende des Ben-Ali-Regimes in Tunesien, Mubarak zu Fall brachte, hat viel mehr erreicht als die Entfernung eines verachteten Diktators. Als erstes machte die Reaktion der globalen und regionalen Staatsschefs auf die Aufstände die wirkliche politische Dynamik sichtbar, die den Nahen Osten seit Jahrzehnten charakterisiert. Die Winkelzüge führender Politiker aus den USA, Europa und anderen Ländern in der letzten Wochen, bevor Mubarak zurücktrat, bestätigten die langjährige Unterstützung der westlichen Staaten für das Netzwerk autokratischer Regime in der Region. Arabische Staatsschefs – allen voran der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas, der jordanische König Abdullah, die Herrscher von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten – bestätigten offen ihre Unterstützung für Mubarak, gegen das ägyptische Volk. Auch Israels Ministerpräsident Binyamin Netanyahu stand fest hinter Mubarak – und offenbarte damit unverhohlen das Muster an gemeinsamen Interessen, welches das politische System des Nahen Ostens prägt.

Nach dem Rücktritt Mubaraks änderten viele dieser Staatsschefs spürbar ihre Rhetorik bei der Beschreibung der neuen politischen Situation. Schwankten sie zunächst zwischen passiver und offener Unterstützung für Mubarak, so bewegte sich die neue Sprachregelung nun vorwiegend in die Richtung eines Aufrufs zum «geordneten Übergang» und der Notwendigkeit von «Demokratie». US-Präsident Barack Obama und seine Regierungssprecher bekundeten Zustimmung zum «Geist des friedlichen Protests und der Beharr-

lichkeit» und erklärten, die USA würden «Freund und Partner Ägyptens bleiben ... bereit, alles Notwendige zu tun ... um einen glaubwürdigen Übergang zur Demokratie fortzusetzen» (White House 2011a). In zahlreichen ähnlichen Aussagen wurden die Aufstände nun als Kampf für die Demokratie und gegen die langjährige autokratische Herrschaft Mubaraks bezeichnet. Der Schwerpunkt verlagerte sich zur Frage nach dem «geordneten Übergang» – eine Phrase, die bis zum Überdross von all jenen wiederholt wurde, die bislang das Regime unterstützt hatten.

Einer der Wege, auf denen die westlichen Regierungen versuchten, diesen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, bestand darin, der neuen ägyptischen Übergangsregierung umfangreiche Finanzhilfen zu versprechen. Ab März 2011 sagten die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) jeweils Milliarden an potenziellen Darlehen und Beihilfen zu. In einer Rede vom 19. Mai 2011 widmete US-Präsident Obama der Frage der wirtschaftlichen Zukunft Ägyptens große Aufmerksamkeit – tatsächlich waren die wirtschaftlichen Beziehungen zu Ägypten der *einzig* konkrete politische Aspekt in seiner Rede (White House 2011b). Ein G8-Treffen in Frankreich am 26. und 27. Mai setzte mit der Ankündigung, Ägypten und Tunesien bis zu 20 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen zu wollen, diesen Trend fort. Berücksichtigt man in diesen Zahlen die Hilfen der Golf-Staaten, dann haben die Regierungen und die wichtigsten internationalen Finanzinstitutionen (IFI) allein Ägypten über 15 Milliarden US-Dollar an Krediten, Investitionen und Hilfe versprochen.

Unschwer lässt sich erkennen – und viele Kommentatoren taten dies –, dass die Hilfen für das neue Ägypten in einem eklatanten Widerspruch zu den vom Westen seit Jahrzehnten gepflegten Beziehungen zu Mubarak als seinem regionalen Verbündeten und zur Unterstützung des Einsatzes von Gewalt und Folter gegen das ägyptische Volk steht.

Der vorliegende Artikel will jedoch eine stärker immanente Kritik an der verbreiteten Praxis leisten, die Aufstände allein in den Rahmen des Kampfs für Demokratie zu stellen. Die Behauptung, die ägyptischen Demonstranten seien in erster Linie gegen Mubarak und für «politische Freiheiten» auf die Straße gegangen, verkennt die wirkliche Bedeutung der Proteste. Vielmehr zeigen die Mobilisierungen, dass «Politik» und «Ökonomie», die in der Regel als getrennte Sphären gedacht werden, miteinander verschmolzen und Teil desselben Kampfs wurden. Die Proteste sind nicht nur ein Spiegel der Legitimitätskrise des Regimes, sie sind auch ein Ausdruck der Art und Weise, wie sich der Kapitalismus in Ägypten und im gesamten Nahen Osten in der letzten Zeit entwickelt hat. Sie zeigen aufs entschiedenste, dass «Klasse» eine Schlüsselkategorie zum Verständnis jedweder gesellschaftlicher Transformation bleibt, und gleichzeitig, dass die Art, wie sich «Klassenkampf» ausdrückt, eine Vielzahl von Formen annehmen kann – was eine reduktionistische und ökonomistische Lesart regelmäßig sprengt.

Um jedes Missverständnis zu vermeiden: Ich behaupte nicht, das zentrale Anliegen, das die ägyptischen Demonstranten geeint hat, sei ein anderes als der gemeinsame Wunsch gewesen, dass Mubarak das Land verlässt. Ich behaupte auch nicht, die Mobilisierungen seien nicht klassenübergreifend gewesen. Die Proteste umfassten ein sehr breites Spektrum von Personen aus unterschiedlichen sozialen Schichten einschließlich der ägyptischen Oberschicht, die Forderung nach einem Regimewechsel überragte alles.

Doch die Konzentration auf die oberflächlichen Erscheinungsformen dieser Demonstrationen verdeckt ihren wahren Gehalt. Ihrer ganzen Logik nach waren sie untrennbar mit umfassenderen Problemen des Kapitalismus im Nahen Osten verbunden, vorrangig *erstens* mit der globalen Wirtschaftskrise und den Besonderheiten des Neoliberalismus in Ägypten, *zweitens* mit Ägyptens Rolle bei der Aufrechterhaltung der US-Vorherrschaft im Nahen Osten. Diese Fragen sind weder rein «politisch» noch «ökonomisch», sondern drehen sich in erster Linie darum, welche Klasse Ägypten regiert und in wessen Interesse der ägyptische Staat arbeitet. Der Charakter von Mubaraks Herrschaft kann von diesen Fragen nicht getrennt werden. Deshalb ist der Kampf gegen politische Willkür unvermeidlich mit der Dynamik des Klassenkampfes verbunden. Die Aufstände lassen sich am besten verstehen, wenn man sie durch ein vielseitiges Prisma der politischen Ökonomie von Klassenherrschaft betrachtet.

Der Artikel beginnt mit einem kurzen Überblick über das Werden des zeitgenössischen Kapitalismus in Ägypten und seine nachfolgende Entwicklung seit dem Beginn der neoliberalen Ära in den 1970er Jahren. Dessen Auswirkungen auf die Herausbildung der Klassen sind von zentraler Bedeutung für das Verständnis, wie Ägypten von der aktuellen Weltwirtschaftskrise betroffen wurde. Der Artikel behandelt dann die Stellung Ägyptens in der Machtkonstellation der USA im Nahen Osten, die wiederum stark von der institutionellen Form des ägyptischen Staates beeinflusst ist. Der letzte Abschnitt analysiert die Orientierung westlicher Regime und der wichtigsten internationalen Finanzinstitutionen – Weltbank, IWF und EBWE – auf das Ägypten nach Mubarak.

Kapitalismus in Ägypten

Ähnlich wie die meisten ehemaligen Kolonien brach Ägypten in der unmittelbaren Nachkriegszeit endgültig mit der direkten ausländischen Kontrolle. Im Jahre 1952 führte ein Militärputsch von Oberst Gamal Abdul Nasser und der Bewegung «Freier Offiziere» zum Sturz des von den Briten unterstützten König Farouk. Einer der Führer der Freien Offiziere, Mohamed Nagib, wurde Premierminister und später Präsident, bis er im Jahr 1954 unter dem Druck der Proteste oppositioneller Gruppen zurücktreten musste. Gestützt auf seinen enormen öffentlichen Rückhalt übernahm Nasser die Kontrolle über den Staat und begann, eine Reihe von Veränderungen durchzusetzen, die den Aufschwung eines ägyptischen Kapitalismus erleichterten (Abdul-Fadil 1980; Vitalis 1995). Er machte sich daran, die Macht der Großgrundbesitzer mit Hilfe einer Agrarreform zu brechen, und stärkte gleichzeitig die aufstrebende Klasse von Kapitalbesitzern, die eng mit dem Staatsapparat verbunden, oft sogar mit ihm deckungsgleich war. Seine Unterstützung in der Bevölkerung fußte auf seiner antiimperialistischen Rhetorik (das stärkste Sinnbild dafür war die Verstaatlichung des Suezkanals 1956) und auf deutlichen Verbesserungen der allgemeinen sozialen Bedingungen, die der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kam. Viele Ägypter blicken voller Nostalgie auf die Zeit der Nasserherrschaft zurück, wegen des Gesellschaftsvertrags, der den Aufstieg des staatsgebundenen ägyptischen Kapitalismus begleitete. Politisch jedoch zerstörte das Nasser-Regime bewusst jede politische Massenbewegung mit Hilfe einer Doppelstrategie von institutioneller Kooptation in den Staatsapparat und einer Vielzahl repressiver Gesetze, die Streiks und unabhängige politische Or-

ganisationen verboten (Abdalla 1985; Botman 1988; Bein 1990). In mehreren Fällen wurden Gewerkschafter und politische Gegner getötet. Nassers Politik führte zur Zersplitterung der ägyptischen Linken; eines der Vermächtnisse seiner Herrschaft ist die Existenz «offizieller» Gewerkschaften, die unter Mubarak zum Synonym für die Erdrosselung jeder unabhängigen gewerkschaftlichen Aktivität wurden.

Nach Nassers Tod 1970 kündigte sein Nachfolger, Anwar Sadat, den Gesellschaftsvertrag größtenteils nach und nach auf und führte Mitte der 70er Jahre die Politik der *Infitah* (Öffnung) ein. Sadats Politik markiert den Beginn des Neoliberalismus in Ägypten, sie steht in direkter Kontinuität zu den drei Jahrzehnten der Herrschaft Mubaraks. Wie der Name schon sagt, zielte die Politik der *Infitah* auf die Öffnung der ägyptischen Wirtschaft für ausländische Investitionen: Gewährung von Steuerbefreiungen für Joint Ventures mit internationalen Unternehmen; Liberalisierung des Außenhandels; Übertragung wirtschaftlicher Tätigkeiten des Staates an den wesentlich autonomeren privaten Sektor (Bush 1999; Mitchell 2002; Wurzel 2009). Die Hauptnutznießer dieser Politik waren jene Teile der ägyptischen Kapitalistenklasse, die vom Staat bevorzugt worden waren – die höchsten Ränge des Staatsapparats selbst, die führenden Militärs und eine wachsende Handelsbourgeoisie, die im Außenhandel tätig war.

Sadats *Infitah*-Politik muss auch im regionalen Kontext betrachtet werden. In den frühen 70er Jahren gab es, wegen der spektakulären Entwicklung der Ölindustrie in der Golfregion, grundlegende Veränderungen in der politischen Ökonomie der Region. Bis 1971 wurden alle arabischen Golf-Staaten unabhängig. Dies und der Anstieg der Ölpreise 1973/1974 machte die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte zu einem Schlüsselfaktor für das Wachstum in der Golfregion. Die Umwandlung überschüssiger Arbeitskraft in ein exportierbares Gut, in erster Linie in Richtung Golfstaaten (Birks and Sinclair 1980), war auch ein Bestandteil von Ägyptens «Öffnung». Das Recht, Arbeit im Ausland zu suchen, wurde im Jahr 1971 in die ägyptische Verfassung aufgenommen. 1974 wurde das Gesetz geändert, von nun an war kein Ausreisevisum mehr erforderlich, um das Land zu verlassen. Der Fünfjahresplan 1978–1982 sah Ausbildungszentren vor, die die Bürger auf die Arbeit im Ausland vorbereiten sollten. 1979 beliefen sich die Rücküberweisungen von Auslandsägyptern auf 2 Milliarden US-Dollar – ebenso viel wie die Einnahmen aus den Baumwollexporten, dem Suezkanal und dem Tourismus. Die Anzahl der im Ausland arbeitenden Ägypter stieg bis 1986 auf 2,25 Millionen, eine Verdoppelung gegenüber 1980 (Zohry and Harrell-Bond 2003: 31). Diese bewusste Orientierung der Regierung auf die Entwicklung Ägyptens als Exporteur von Arbeitskraft hat sich bis in die heutige Zeit fortgesetzt und ist ein wichtiger Baustein zum Verständnis dafür, wie die Wirtschaftskrise 2008 das Land getroffen hat.

Auf regionaler Ebene wurde die *Infitah* durch Sadats außenpolitische Annäherung an Israel und die USA ergänzt. Sie wurde im höchst unpopulären Camp-David-Abkommen festgehalten, das Ägypten und Israel im Jahr 1978 unterzeichneten. Dieses und die folgenden Abkommen signalisierten Ägyptens Eintritt in den regionalen militärischen Machtbereich der USA. Ägypten wurde mit 2 Milliarden Dollar pro Jahr (nach Israel) zum zweitgrößten Empfänger von US-Hilfe. Rund zwei Drittel dieser Hilfe flossen an das ägyptische Militär und stärkten damit den Prozess der Kapitalakkumulation an dessen Spitze. Aus der Sicht der US-Regierung war diese Hilfe «ein Mittel zur Vertretung US-

amerikanischer nationaler Sicherheitsinteressen ... in einer Region mit reichlich Energiereserven» (Sharp 2010: 1), doch sie schuf zugleich eine enge Symbiose aus Militär, Kapital und dem ägyptischen Staat.

Als Hosni Mubarak nach der Ermordung Sadats im Jahr 1981 an die Macht kam, wurde die Politik der *Infitah* beschleunigt. Das Ergebnis war für die Mehrheit der Bevölkerung katastrophal: Die Armut auf dem Land verdoppelte sich zwischen 1981 und 1991, in der Stadt stieg sie um das Anderthalbfache (Bayat 1996: 3). Unter dem Strukturanpassungsprogramm des IWF von 1990/91 nahm der Neoliberalismus jedoch eine neue Qualität an. Die Afrikanische Entwicklungsbank, die bei der Beratung und der Kontrolle der Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme eine herausragende Rolle spielte, notierte, ihre Absicht sei «die Einführung von Marktkräften in die Wirtschaft ... um die Wirtschaft auf eine wettbewerbsfähige Grundlage zu stellen und ein klares Signal zu geben, dass der private Sektor der führende ist» (ADB 2000: 4). In den letzten zwei Jahrzehnten wurde dieses Ziel weitgehend erreicht, der Charakter des Kapitalismus in Ägypten hat sich damit entscheidend verändert.

Die neoliberalen Reformen der 90er Jahre umfassten ein sehr breites Spektrum von Maßnahmen. Anfänglich konzentrierten sie sich auf die Haushaltsführung der Regierung, die Zinspolitik, die Geldmenge und die Wechselkurse. Für den Zweck dieses Artikels sind jedoch zwei Veränderungen besonders hervorzuheben. *Die erste* betrifft Maßnahmen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den ländlichen Gebieten (Bush 2002). Im Jahr 1992 liberalisierte das Gesetz 96 der Ägyptischen Volksversammlung [das Unterhaus des Zwei-Kammer-Parlaments] die landwirtschaftliche Pacht und erlaubte den Grundbesitzern die Vertreibung von Pächtern nach einer fünfjährigen Übergangsfrist. Der Pachtzins stieg auf das Dreifache; mit Unterstützung internationaler Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank sowie amerikanischer Regierungsorganisationen wie USAID entwickelte sich die ägyptische Landwirtschaft in Richtung einer exportorientierten Produktion, wie sie heutzutage für große Teile der afrikanischen Landwirtschaft charakteristisch ist (Bush 2004). Hunderttausende Ägypter verloren die Möglichkeit, auf dem Land zu überleben. Viele von ihnen versuchten, in andere Länder des Nahen Ostens zu emigrieren oder strömten in den informellen Sektor urbaner Zentren wie Kairo.

Die Folgen dieser Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Land wurden durch ein zweites Element des ägyptischen Neoliberalismus noch verstärkt: den Abbau des staatlichen Sektors. Unter Nasser garantierte der Staat allen Absolventen von Universitäten und Sekundarschulen eine Beschäftigung in Behörden oder staatseigenen Unternehmen. Zwar brach Sadat im Jahr 1978 mit dieser Praxis, aber der staatliche Sektor blieb bis zum Beginn der 90er Jahre der größte Arbeitgeber für regulierte Arbeitsverhältnisse (59% aller bezahlten Arbeitskräfte sind im formellen Sektor tätig, Mahdi 2002: 1). Doch im Zuge der Strukturanpassungen und die komplette oder teilweise Privatisierung von 209 der insgesamt 314 öffentlichen Unternehmen sank bis zum Jahr 2005 die Beschäftigung in öffentlichen Betrieben (Joya 2008). Die Zahl der Beschäftigten halbierte sich zwischen 1994 und 2001. Selbst Unternehmen, die nominell im Besitz der öffentlichen Hand blieben, wurden zu autonomen Einheiten und waren gezwungen, mit der Privatwirtschaft zu konkurrieren (Handoussat and Potter 1991). Die Folge der Privati-

sierungswelle – der IWF lobte 2006, sie hätten «die Erwartungen übertroffen» (IMF 2006) – war eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die weitere Verarmung breiter Schichten der ägyptischen Bevölkerung.

Die Auswirkungen des Neoliberalismus auf die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung lassen sich an Hand der Entwicklung des Mindestlohns illustrieren. Ein Bericht des Ägyptischen Zentrums für Wirtschaftsstudien stellte im Juni 2009 fest, dass der Mindestlohn, ausgedrückt als Anteil am Bruttonationaleinkommen pro Kopf, «von 60% 1984 auf 19,4% 1991/92 und 13% im Jahr 2007 gesunken ist» (Abdelhamid and Baradei 2009: 9). Mit diesem Mindestlohn ist natürlich der im formellen Sektor gemeint, der Reallohn, den die Mehrheit der Bevölkerung bezieht, liegt deutlich darunter. Diese Rate ist dennoch eine der niedrigsten der Welt – verglichen mit einem Pro-Kopf-Anteil am Bruttonationaleinkommen von 78% in der Türkei, 51% in Frankreich und 26% in Spanien (Abdelhamid and Baradei 2009: 10).

Die Zahlen bestätigen, dass die Ärmsten der ägyptischen Gesellschaft eine deutliche Verschlechterung ihres Lebensstandards erleiden mussten, während sich gleichzeitig der Reichtum in den Händen einer winzigen Schicht der Elite des Landes konzentrierte. Diese Klasse profitierte von den Privatisierungen, dem Zugang zu billigen Arbeitskräften, der Immobilienspekulation, den Regierungsaufträgen und anderen großzügigen Gaben, die durch die verschiedenen Kanäle des Staates verteilt wurden. Mit der Unterstützung des IWF wurden auch die Steuergesetze überarbeitet. Mit der Einführung einer Umsatzsteuer (1991) und der Abschaffung von Subventionen für 14 von 18 Grundlebensmitteln wurden die Armen überproportional belastet. 2005 wurde der Körperschaftsteuersatz von 32–40% auf 20% gesenkt und eine sog. *flat tax* eingeführt. Auch der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer wurde von 32% auf 20% reduziert. Das Ergebnis von Jahrzehnten des Neoliberalismus war am Ende die Stärkung einer Handvoll mächtiger Firmenkonglomerate wie die Osman, Bahgat und Orascom Gruppen, deren Tätigkeit sich von der Bauwirtschaft, über Import/Export, Tourismus und Immobilien bis in die Finanzwirtschaft erstreckt (Mitchell 2010).

Neben diesen Konglomeraten sind es vor allem die Spitzen des ägyptischen Militärs, die von der Verflechtung mit dem Staat profitierten. Hohe Offiziere wurden Eigentümer von Unternehmen in Schlüsselindustrien wie der Nahrungsmittel-, Fertigungs-, Textil- und Bauindustrie. Die *New York Times* stellte fest, dass Ägyptens berühmteste Mineralwassermarke, Safi, im Besitz des Militärs ist, das Gleiche gilt für Joint Ventures in der Produktion von Autos, Fernsehgeräten oder Kühlschränken (Kirkpatrick 2011). Als mit der *Infitah* der Landbesitz liberalisiert wurde, war die wichtigste Folge, dass das Militär die Kontrolle über weite Landstriche erhielt, auf denen es bewachte Wohnanlagen, Hotels und Feriensiedlungen baute. Arbeitskämpfe sind in diesem riesigen Geschäftsimperium, das keine Steuern zahlt und von der kostenlosen Arbeitskraft der Soldaten während ihres Militärdienstes profitiert, verboten (Kirkpatrick 2011).

Diese Polarisierung des Reichtums, ein Resultat der neoliberalen Maßnahmen, ging nicht ohne Widerstand vor sich. Im Jahr 1977, zu Beginn der *Infitah*, erhob sich in ganz Ägypten ein Aufstand gegen die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel wie Mehl, Reis und Speiseöl. Fast 80 Menschen wurden in dem, was später als der «Brot-aufstand» bekannt wurde, getötet, 800 verletzt. Der Aufstand war allerdings erfolgreich,

die Streichung der Subventionen wurde zurückgenommen. In jüngerer Zeit, in den Jahren 2006–2008, entwickelte sich eine bedeutende Streikwelle zum größten Arbeitskampf seit Jahrzehnten. Alleine 2006 gab es 220 größere Streiks, in die Zehntausende von Lohnabhängigen eingebunden waren (Beinin 2010, 2011 in diesem Heft). Sie waren von besonderer Bedeutung, weil in ihrem Gefolge unabhängige Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen entstanden sind, die mit der Komplizenschaft der offiziellen staatstreuen Gewerkschaftsbewegung gebrochen haben. In ihren Aktionen der Jahre 2006–2008 haben sich die Arbeiter auch mit bäuerlichen Bewegungen verbunden, die sich gegen den weiteren Verlust von Land wegen der Liberalisierung des Bodenrechts auflehnten. Diese frühen Formen der Auseinandersetzung waren ein zentrales Element in den organisatorischen Erfahrungen, die den Unterbau für die jüngste Protestwelle bildeten.

Ein Ausdruck der globalen Krise

Der neoliberale Hintergrund ist von zentraler Bedeutung für das umfassende Verständnis der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Ägypten 2008. Der IWF behauptete im Februar 2010, Ägypten sei «widerstandsfähiger gegen die Krise» geworden, denn «nachhaltige und weitreichende Reformen seit 2004 hätten Schwachstellen in der Haushalts-, Finanz- und Währungspolitik reduziert und das Investitionsklima verbessert». Die erfolgreiche Umsetzung neoliberaler Rezepte durch die ägyptische Regierung habe «die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und Raum für geeignete politische Antworten geschaffen» (IWF 2010). Als Beweis hierfür, argumentierte der IWF, könnten die relativ hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts gelten, die Ägypten in den späten 2000er Jahren verzeichnete und die auch nach der Krise anhielten. Von 2006 bis 2008 lag das Wachstum bei etwa 7 % pro Jahr, und im Jahr 2009, als in großen Teilen der Welt das BIP schrumpfte, wies Ägypten ein gesundes Wirtschaftswachstum von 4,6 % auf.

Dieser BIP-zentrierte Ansatz beurteilt die Vitalität der Wirtschaft des Landes allein auf der Basis von aggregierten makroökonomischen Statistiken. Er geht von der unausgesprochenen Annahme aus, dass ein Wachstumstrend auf aggregierter Ebene auch gut für die Bevölkerung als Ganzes ist – der statistische Ausdruck des «Trickle-down»-Effekts. Obwohl der Neoliberalismus in Ägypten hohe Wachstumsraten hervorgebracht hat, verbergen sich dahinter in Wirklichkeit zwei auseinander strebende Tendenzen: die Verschlechterung des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung einerseits und die zunehmende Konzentration des Reichtums in den Händen einer winzigen Minderheit andererseits. Der Neoliberalismus hat das Land viel stärker der Krise ausgesetzt – indem er das Ausmaß der Ungleichheit verstärkte und gleichzeitig potenzielle Mechanismen der sozialen Solidarität untergrub. Gerade wegen seiner stark polarisierenden Wirkung bekamen vor allem die schwächsten Schichten der ägyptischen Gesellschaft die Folgen der globalen Krise zu spüren. Die winzige Elite des Landes blieb von der weltweiten Abschwächung der Konjunktur weitgehend verschont.

Nach regierungsamtlichen Statistiken stieg im Zeitraum von 2000 bis 2009 der Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben, von 16,7 % auf 21,6 %

(Rashwan 2011). Dies ist an sich schon eine deutliche Steigerung, aber bei den offiziellen Statistiken ist große Vorsicht geboten. Die offizielle Armutsgrenze ist sehr niedrig angesetzt und unterbietet noch die Existenzbedingungen der ägyptischen Arbeitskräfte, die im informellen Sektor arbeiten, das sind 40% (Ramalho 2007). Einige Schätzungen gehen davon aus, dass rund 40% der ägyptischen Bevölkerung weniger als 2 US-Dollar am Tag verdienen (Achy 2010). Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei etwa 9%, aber auch sie erfasst den informellen Sektor nicht richtig. Der ehemalige Leiter der Sektion für wirtschaftliche Analysen des Regionalbüros der Vereinten Nationen in Beirut, Ali Kadri, schätzt die «reale» Arbeitslosigkeit (einschließlich Scheinselbstständigkeit, versteckter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung) auf über 50% (Kadri 2011). Diese informellen Arbeiter leben in einer Gesellschaft, der jede anständige Versorgung mit Bildung und Gesundheit und ein breiterer Wohlstand fehlt. Schätzungsweise ein Drittel der ägyptischen Bevölkerung sind Analphabeten. Auch die Demographie spielt eine wichtige Rolle: In einem Land, dessen Führung aus Männern jenseits der 80 besteht, machen Jugendliche 90% der Arbeitslosen aus.

Vor diesem Hintergrund hat die globale Krise tiefgreifende Spuren bei der armen Mehrheit im Land hinterlassen. Dies geschah auf vielerlei Art: Zunächst ist der Nahe Osten (insbesondere die Region Nordafrika) stark abhängig von Exporten nach Europa – diese gingen durch den Rückgang der Nachfrage in Folge des Konjunkturabschwungs in den kapitalistischen Kernländern deutlich zurück. Nach Angaben der Regierung sanken die Exporte Ägyptens in die Europäische Union im Jahr 2009 um 27,7%, die ägyptischen Exporte insgesamt um 12% (MIT 2011). Von diesem Effekt der Weltwirtschaftskrise war nicht nur Ägypten betroffen. Auch in Tunesien und Marokko ging der Gesamtwert der Exporte im Jahr 2009 um 22% bzw. 31% zurück – die Weltbank bemerkte daraufhin, diese Länder befänden sich in der schlimmsten Rezession seit sechs Jahrzehnten (Weltbank 2010: 142).

Eine zweite Folgewirkung der Krise war der Rückgang der Überweisungen von Auslandsarbeitern, von denen der Nahe Osten stark abhängig ist. Wie oben erwähnt, war ein Standbein der *Infitah* der bewusste Versuch, ägyptische Arbeitskräfte ins Ausland zu exportieren. Sie emigrierten zumeist in die Golf-Staaten (vor allem nach Saudi Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate), nach Libyen und Jordanien, eine wachsende Anzahl ging in den letzten Jahren auch nach Europa. Im Jahr 2007 war Ägypten der sechstgrößte Empfänger solcher Auslandsüberweisungen weltweit (CARIM 2010: 3). Im Nahen Osten nimmt das Land diesbezüglich den ersten Platz ein, die Rücküberweisungen bilden etwa 5% des BIP. Mit den Massenentlassungen, die viele Länder auf Grund der Wirtschaftskrise trafen – insbesondere in Sektoren wie Bauwirtschaft und verarbeitende Industrie -, sanken die weltweiten Auslandsüberweisungen rapide. Ägypten war stark davon betroffen, von 2008 auf 2009 gingen die Überweisungen um 18% zurück (Weltbank 2010: 142). Für eine Region, in der diese Geldflüsse die Grundlage für das Überleben von Millionen von Menschen bilden, hatte der Rückgang verheerende Konsequenzen.

Diese Effekte müssen auch in Zusammenhang mit anderen, neueren Merkmalen der Krise gesehen werden, vor allem dem drastischen Preisanstieg für Grundnahrungsmittel und Energie. Als die US-Notenbank ihren Kurs des «*quantitative easing*» einschlug und Billionen von Dollar durch den Kauf von Anleihen und anderen Vermögenswerten in die

Wirtschaft pumpete, wurde ein großer Teil dieses Geldes dafür verwendet, auf Rohstoffe und andere Vermögenswerte in den so genannten «aufstrebenden Ländern» zu spekulieren (McNally 2011). Der rasante Anstieg der Nahrungsmittelpreise ist eigentlich für jene Teile der Bevölkerung, die gezwungen sind, einen Großteil ihres Einkommens für die Befriedigung der Grundbedürfnisse auszugeben, eine Form schwerer Lohnkürzung. Die Preissteigerungsrate für Lebensmittel stieg in Ägypten zwischen Dezember 2010 und Januar 2011 von 17,5% auf 18% (jeweils im Vergleich zur Vorjahresperiode, CAPMS 2011).

Diese Zusammenhänge zwischen dem Weltmarkt und Ägypten stehen im Widerspruch zur vorherrschenden Behauptung (die manchmal auch in radikalen Kommentaren wiederholt wird), die Weltwirtschaftskrise beschränke sich auf fortgeschrittene kapitalistische Regionen wie Nordamerika und Europa. In vielerlei Hinsicht war der Aufstand in Ägypten der Nachhall der Weltwirtschaftskrise in der arabischen Welt. Er hat gezeigt, dass Jahrzehnte neoliberaler Umstrukturierungen die ägyptische Wirtschaft auf sehr ungleiche Art und Weise in den kapitalistischen Weltmarkt eingebunden haben. Die Tatsache, dass die internationalen Finanzinstitutionen in den zwei Jahren, die auf die Krise gefolgt sind, fortfuhren, die ägyptische Regierung und deren Wirtschaftspolitik zu loben, bestätigt den Klassencharakter des neoliberalen Projektes. Der Repressionsapparat des ägyptischen Staates verfolgte das Ziel, die soziale Unzufriedenheit, die aus den verschlechterten Bedingungen entstand, unter Kontrolle zu halten. Deshalb musste sich der Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise unweigerlich auch mit dem autokratischen Charakter des Regimes anlegen.

Die regionale Dimension

Der enge Zusammenhang zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Aspekten des Aufstands zeigt sich auch im regionalen Kontext. In den Jahrzehnten von Mubaraks Herrschaft wurde Ägypten zu einer wichtigen Säule der US-Vorherrschaft im Nahen Osten. Diese Rolle beschränkt sich nicht auf enge Beziehungen zu Israel – die zuletzt wieder durch die Bereitschaft der ägyptischen Regierung unter Beweis gestellt wurde, die Blockade des Gazastreifens polizeilich abzusichern – oder auf die militärische Unterstützung US-amerikanischer Ziele in der Region (z. B. die Teilnahme am Golfkrieg 1990-1991). Die gesamte regionale Bündnispolitik Ägyptens ist zutiefst determiniert durch die Art und Weise, wie die USA die politische Ökonomie des Nahen Ostens in den letzten zwei Jahrzehnten umgestaltet haben. Der Versuch, einen neoliberalen «Neuen Nahen Osten» unter US-Hegemonie zu schaffen, kann von den zugrunde liegenden politisch-militärischen Allianzen nicht getrennt werden.

Die US-Strategie für den Nahen Osten ergänzt die Strategien Europas und rivalisiert zugleich mit ihnen. Die europäischen Länder haben ihre eigenen Handels-, Gewerbe- und sonstigen Abkommen mit den Ländern des Nahen Ostens geschlossen, vor allem im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (Euromed) und der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Rivalität hat Europa in einen harten Wettbewerb mit den USA um Geschäfte in der Region getrieben – darunter Waffenlieferungen an die Golfstaaten und anderswohin (Großbritannien zum Beispiel verkaufte dem Mubarak-Regime im Jahr

2009 Rüstungsgüter im Wert von über 16 Milliarden Pfund Sterling). Die USA bleiben jedoch militärisch und wirtschaftlich die dominierende ausländische Macht in der Region, und die europäischen Länder tendieren dazu, der US-Führung in Schlüsselfragen zu folgen. In Zeiten der Krise spielen ehemalige Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich und Italien vielfach eine komplementäre Rolle zur US-Außenpolitik – das wurde zuletzt bei den jüngsten Aufständen wieder sichtbar.

Die US-Politik im Nahen Osten ist in erster Linie darauf ausgerichtet, die an Energie und Petrodollars reichen Golfstaaten unter ihrem Einfluss zu halten. Das bedeutet nicht, dass die US-Außenpolitik ein direktes Eigentum an den Ölquellen anstrebt (obwohl das Teil des Prozesses sein kann). Sie will vielmehr sicherstellen, dass die Ölversorgung außerhalb der demokratischen Kontrolle der Menschen in der Region bleibt (Hanieh 2011). Die Merkmale des globalen Kapitalismus und die marktbeherrschende Stellung der USA auf dem Weltmarkt beruhen zu einem beträchtlichen Teil auf der Kontrolle über die Golfregion. Jeder Schritt hin zu einer breiteren demokratischen Transformation der Region würde potentiell die Macht der USA auf globaler Ebene bedrohen. Darum unterstützen die USA so stark die Diktaturen in den Golfstaaten. Aus demselben Grund besteht die Mehrheit der Arbeitskräfte in der Golfregion aus temporären Migranten, denen alle staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten werden und die bei jedem Anzeichen von Unzufriedenheit abgeschoben werden können (Hanieh 2011: 61–64).

Alle anderen Beziehungen zwischen den USA und den Ländern des Nahen Ostens werden dem Ziel der Vorherrschaft der USA über die Golfregion untergeordnet und mit ihm verbunden. Die wichtigste darunter ist natürlich die Beziehung zu Israel. Seit 1967, als Israel die Armeen Ägyptens, Jordaniens und Syriens im Junikrieg besiegte, betrachten die USA Israel als die wichtigste Säule ihrer gesamten Nahostpolitik. Gerade weil Israel ursprünglich ein kolonialer Siedlerstaat ist, der sich auf die Enteignung des palästinensischen Volkes gründet, betrachten die USA es als einen stabileren und zuverlässigeren Verbündeten als irgendein arabisches Regime, das potenziell von Volksaufständen bedroht ist. Trotz gelegentlicher Meinungsunterschiede zwischen der israelischen und der US-Regierung, die zwischen allen Staaten vorkommen, bleibt Israel vollständig von der Militärhilfe und der politischen Unterstützung der USA abhängig. Letztere können sich jederzeit darauf verlassen, dass Israel gegen die Interessen der arabischen Massen handeln wird. Deshalb stimmen die Interessen Israels und der arabischen Regime in Zeiten von Massenunruhen im Allgemeinen überein – überaus deutlich wurde dies in den ersten Tagen des Aufstands, als Israel Hosni Mubarak ausdrücklich seine Unterstützung versicherte.

Neben den Golfstaaten und Israel sind autokratische Regime wie jenes von Mubarak in Ägypten die dritte Stütze der US-Macht in der Region. Diese Regime – Ägypten ist ein herausragendes Beispiel hierfür – sind nicht Diktaturen starker Männer, sondern Regierungen, die sich auf die Armee stützen und in der Öffentlichkeit von einem einzelnen Autokraten repräsentiert werden. Mubaraks Macht (so wie die seines Vorgängers Sadat) ruhte immer auf der ägyptischen Armee. Die Beziehungen der USA zu Ägypten laufen weitgehend über die Armee, das ist einer der Hauptgründe, warum das Militär in der Struktur des ägyptischen Staates eine so dominierende Rolle spielt. Gerade wegen der zentralen Rolle der Armee bei der Aufrechterhaltung der US-Macht in der Region und

wegen ihrer Rolle in der Reproduktion des ägyptischen Kapitalismus ist jede Vorstellung, sie könne «Teil des Volkes» sein oder «neutral jenseits der Politik» agieren, eine Illusion.

Die westliche Intervention nach Mubarak

Vor diesem Hintergrund versteht man die großen Summen an finanzieller Unterstützung, die Ägypten nach Mubarak angeboten werden. In seinem Bericht an den G8-Gipfel (26./27. Mai 2011) äußerte der IWF die Erwartung, dass Ägypten die neoliberale Politik weiterverfolge, und stellte fest: «Die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit erfordert eine deutliche Steigerung im Tempo des Wirtschaftswachstums ... Solche Wachstumsraten werden durch zusätzliche Investitionen und durch eine höhere Produktivität erreicht. Ein gewisser Anstieg der öffentlichen Investitionen wird nötig sein, zum Beispiel um die Qualität von Infrastruktur und Dienstleistungen in den weniger entwickelten ländlichen Regionen zu verbessern, doch der private Sektor muss die Schlüsselrolle spielen, auch vermittels Anziehung ausländischer Direktinvestitionen. Die Regierungspolitik sollte deshalb ein förderliches Umfeld schaffen, in dem der private Sektor blüht» (IMF 2011: 6).

Das *Institute of International Finance* (IIF), eine Politikberatungs- und Lobbyorganisation der größten Finanzinstitute der Welt, kommentierte Anfang Mai: «So bedeutsam die Herausforderungen für die Sicherheitslage und die politische Umstrukturierung auch sein mögen, absolut entscheidend ist, dass die Behörden der Übergangsregierung ... der Vertiefung und Beschleunigung der wirtschaftlichen Strukturreformen hohe Priorität beimessen. Die Übergangsregierung und ihre Nachfolgerinnen müssen einen glaubwürdigen mittelfristigen Reform- und Stabilisierungsplan entwickeln ... und sich auf die Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Förderung der unternehmerischen Initiative, der Investitionen und des marktorientierten Wachstums konzentrieren» (IIF 2011: 2). Das IIF bezeichnete eine solche Beschleunigung der Strukturanpassung unverblümt als den «Kontext», in dem Ägypten Hilfe gewährt würde. Mit anderen Worten, das Hauptziel der westlichen Hilfe ist der Versuch, die neoliberalen Programme des Mubarak-Regimes zu *beschleunigen*. Ägypten entwickelt sich in vielerlei Hinsicht zum perfekten Labor für den sogenannten Post-Washington-Konsensus, in dem eine liberal klingende, mit dem Demokratisierungsdiskurs eng verbundene, Rhetorik «zugunsten der Armen» dazu benutzt wird, die neoliberale Linie der Mubarak-Ära zu vertiefen.

Alle Finanzhilfe, die Ägypten bislang angeboten wurde, hat zwei Merkmale gemeinsam: die Verlängerung der Kredite (das heißt eine Zunahme der Auslandsverschuldung) und das Versprechen, in sog. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPPs) zu investieren. Beide Elemente haben mit der Umsetzung der Strukturanpassungspläne zu tun. Strategisch gesehen scheint der Schwerpunkt der neuen Strukturanpassung auf der Privatisierung der ägyptischen Infrastruktur und der Öffnung der Wirtschaft für ausländische Investitionen und Handel durch ÖPPs zu liegen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ist neben der US-Regierung, der Weltbank und dem IWF ein zentraler institutioneller Akteur in diesem Prozess.

Schulden

Ägyptens Auslandsschulden belaufen sich derzeit auf rund 35 Milliarden US-Dollar, im Laufe der letzten zehn Jahre hat das Land rund 3 Milliarden Dollar jährlich an Schuldendienst bezahlt. Von 2000 bis 2009 stieg die Verschuldung um etwa 15 %, obwohl das Land in dieser Zeit insgesamt 24,6 Milliarden Dollar für die Schuldentilgung aufgewendet hat. Die Nettotransfers für langfristige Schulden, also die Differenz zwischen den insgesamt erhaltenen Krediten und den gesamten Rückzahlungen, erreichten zwischen 2000 und 2009 3,4 Milliarden Dollar. *Mit anderen Worten: Entgegen der landläufigen Meinung fließt mehr Geld aus Ägypten an die westlichen Kreditgeber als umgekehrt.* Diese Zahlen belegen eindrücklich die realen finanziellen Beziehungen Ägyptens zur globalen Wirtschaft: Westliche Kredite dienen dazu, aus Ägyptens Armen Vermögen herauszupressen und dieses unter die reichsten Banken in Nordamerika und Europa zu verteilen.

Dies ist im Kern der Hintergrund der Diskussion über Ägyptens Auslandsverschuldung. In seiner Rede vom 19. Mai 2011 versprach US-Präsident Barack Obama, Ägypten bis zu 1 Milliarde Dollar Schuldendienst zu erlassen. Die US-Regierung wolle damit die «positiven Veränderungen in der Region [unterstützen und] ... die wirtschaftliche Entwicklung der Nationen fördern, die sich im Übergang zur Demokratie befinden» (White House 2011b). Zusätzlich zu dieser finanziellen Unterstützung versprach Obama auch, die Weltbank, den IWF und andere Länder zu drängen, dass sie Ägypten helfen, sich «zu stabilisieren und zu modernisieren» und «seinen kurzfristigen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen».

Abgesehen vom anmaßenden Charakter der Rede, muss man bei Obamas Angebot genau hinhören. Im Gegensatz zu den Berichten in den Massenmedien bedeutete es keinen Schuldenerlass für Ägypten. Eher eine Umschuldung – das Versprechen, Ägyptens Schuldendienst um 1 Milliarde Dollar zu reduzieren *vorausgesetzt, das Land verwendet das Geld in einer der US-Regierung genehmen Weise.* Die Umschuldung bestätigt das Kräfteverhältnis, das den modernen Finanzbeziehungen innewohnt. Die USA sind in der Lage, Ägyptens Verschuldung als Hebel zu nutzen, um dem Land die oben beschriebene Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. Obama sagte sehr deutlich, was das bedeutet: «Das Ziel muss ein Modell sein, in dem der Protektionismus der Öffnung weicht, der Einfluss in der Geschäftswelt sich von einigen Wenigen zu Vielen verschiebt ... und die Wirtschaft Arbeitsplätze für die Jugend schafft. Die Grundlage für Amerikas Unterstützung der Demokratie ist deshalb die Sicherung finanzieller Stabilität, die Förderung von Reformen und die Verzahnung wettbewerbsfähiger Märkte miteinander wie auch mit der globalen Wirtschaft.» (White House 2011b.)

Etwa zur gleichen Zeit kündigten die Weltbank und der IWF ein Abkommen an, das Ägypten neue Kredite in Höhe von 6 Milliarden Dollar zur Verfügung stellt. Weltbank-Präsident Robert Zoellick hat das Abkommen explizit an «Reformen der Regierung und der Öffnung» und an die Finanzierung von ÖPPs – ein moderner Euphemismus für Privatisierungen – gebunden (Weltbank 2011). Um die möglichen Bedingungen, die an das Kreditangebot geknüpft sind – die Übergangsregierung weigert sich, diese offenzulegen –, hat sich eine öffentliche Debatte entzündet. In deren Verlauf, und unter dem Druck ägyptischer Aktivisten, verkündete das Finanzministerium am 24. Juni, es brauche «der-

zeit» die Hilfe der Weltbank und des IWF nicht mehr. Doch die Entscheidung, die Kredite vorübergehend abzulehnen, wurde getroffen, *nachdem* die ägyptische Regierung (beraten vom IWF) den Haushalt überarbeitet und die Ausgaben um rund 4,6 Milliarden Dollar gesenkt hat. Bezeichnenderweise hat das Finanzministerium nicht das ganze Ausmaß der Ausgabenkürzungen öffentlich gemacht. Es teilte nur mit, darin sei eine 50%ige Senkung der Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe und eine Senkung der Energie-subsidien enthalten. Obwohl die Situation im Fluss ist, ist klar, dass es nicht die geringste Abkehr vom Neoliberalismus gegeben hat – die Gesamtverschuldung wird zunehmen, weil Ägypten Kredite aus anderen Quellen wie den Golfstaaten, bilateralen Kreditgebern und lokalen Banken aufnimmt.

Ausländische Investitionen und ÖPPs

In seiner Rede vom 19. Mai 2011 versprach Obama Investitionen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar durch eine Institution, die als *Overseas Private Investment Corporation* (OPIC) bekannt ist. Die Aufgabe der OPIC besteht darin, Investitionen von US-Unternehmen in sogenannten Schwellenländern zu unterstützen; sie bietet Kreditgarantien (insbesondere bei großen Projekten) oder direkte Kredite für Projekte, an denen US-Unternehmen einen signifikanten Anteil haben und möglicherweise politische Risiken eingehen. Sinnbild für die Aktivitäten der OPIC war vielleicht ihre erste Investition in Afghanistan bald nach der Invasion der NATO-geführten Truppen im Jahr 2001: Es war ein neues Hyatt-Hotel in Kabul, das als «Plattform für Geschäftsleute», die das Land besuchen, genutzt werden sollte. Die OPIC war auch Schlüsselpartnerin bei der Förderung der Freihandelsideologie, die der Wirtschaftspolitik der Übergangsregierung (Coalition Provisional Authority, CPA) im Irak nach der Invasion der USA im Jahr 2003 zugrunde lag. Die US-Regierung verteidigt offen die Verbindungen zwischen der OPIC und den Zielen der US-Außenpolitik (CIR 2003: 13). Der Slogan der Organisation: «Weltweit US-Investitionen in den aufstrebenden Ländern unterstützen, die Entwicklung und das Wachstum freier Märkte fördern», bringt das ganz gut auf den Punkt.

Da die Investitionen der OPIC vom Abbau der Hemmnisse für ausländisches Kapital und von der Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen abhängt, sind ihre Aktivitäten darauf gerichtet, das oben beschriebene neoliberale Programm auszuweiten. Im Fall von Ägypten dürfte dies in erster Linie dadurch erfolgen, dass ÖPPs mit Regierungsgeldern der USA gegründet werden.

Eine ÖPP ist ein Mittel zur Ausgliederung von bislang staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen an private Unternehmen. Ein privates Unternehmen schließt einen Vertrag mit der Regierung über das Angebot einer Dienstleistung – typischerweise den Betrieb von Krankenhäusern oder Schulen oder den Bau von Infrastruktur wie Autobahnen oder Kraftwerken. Dafür erhält es Zahlungen von der Regierung oder von den Nutzern der Dienstleistung (etwa Autobahngebühren). ÖPPs sind eine Form der Privatisierung. Einer ihrer führenden Vertreter, Emanuel Savas, bezeichnet ÖPP als «nützlichen Begriff, weil er vermeidet, dass sich die ideologischen Gegner an ihm entzünden» (Savas 2005: 16).

Die Intervention der OPIC in Ägypten wurde ausdrücklich an die Förderung Öffent-

lich-Privater Partnerschaften gebunden. Eine OPIC-Pressemitteilung, die bald nach der Rede Obamas veröffentlicht wurde, wies darauf hin, die von der US-Regierung versprochene Milliarde US-Dollar werde dafür verwendet, «ägyptische Unternehmen in Staatsbesitz auszumachen, die in Öffentlich-Private Partnerschaften investieren können, um das Wachstum in beiderseitig vereinbarten Sektoren der ägyptischen Wirtschaft zu fördern» (OPIC 2011).

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) bindet die von ihr versprochenen Investitionen noch deutlicher an Öffentlich-Private Partnerschaften. Die EBWE wurde in der Zeit des Zerfalls der Sowjetunion mit dem Ziel gegründet, Osteuropa in eine kapitalistische Wirtschaft zu überführen. EBWE-Präsident Thomas Mirow stellte den Diskussionen der Bank über Ägypten den Satz voran: «Die EBWE wurde 1991 gegründet, um Demokratie und Marktwirtschaft zu fördern, und die historischen Entwicklungen in Ägypten gehen der Bank sehr nahe.»

Die EBWE entwickelte sich zu einem der führenden Agenten des neoliberalen Projekts in Ägypten. Am 21. Mai beschlossen die EBWE-Aktionäre Kredite für den Nahen Osten im Wert von bis zu 3,5 Milliarden Dollar, wobei Ägypten den ersten Platz bei der Kreditvergabe in der ersten Jahreshälfte 2012 erhielt. Dies ist das erste Mal seit ihrer Gründung, dass die EBWE einen Kredit in den Nahen Osten vergeben hat. Catherine Ashton, die Chefin der EU-Außenpolitik, meinte, die EBWE könne Ägypten jährlich eine Milliarde Euro bieten – das würde der Institution ein enormes Gewicht in der ägyptischen Wirtschaft verleihen. Zum Vergleich: Der Gesamtwert aller ÖPP-Investitionen in Ägypten belief sich von 1990 bis 2008 auf 16,6 Milliarden US-Dollar (EIP 2011).

Wer immer sich Illusionen über die Ziele der EBWE-Investitionen in Ägypten macht, täte gut daran, sorgfältig den *EBRD 2010 Transition Report* zu lesen (EBRD 2011a). Der Bericht präsentiert eine ins Einzelne gehende Bewertung der osteuropäischen Länder und ehemaligen Sowjetrepubliken und misst ihre Fortschritte mit einem detaillierten Set von Indikatoren. Diese Indikatoren sind sehr aufschlussreich: (1) Anteil des privaten Sektors am Bruttoinlandsprodukt, (2) Privatisierung von Großunternehmen, (3) kleine Privatisierungen, (4) Umstrukturierung von Regierung und Unternehmen, (5) Liberalisierung der Preise, (6) Handel und Wechselkurssystem, (7) Wettbewerbspolitik; (8) Bankenreform und Zinsliberalisierung, (9) Wertpapiermärkte und Nicht-Banken-Finanzinstitute, (10) allgemeine Infrastrukturereformen (EBRD 2011a). Nur Länder, die bei diesen Indikatoren gut punkten, kommen für Darlehen der EBWE in Frage. *Bankwatch*, ein Forschungsinstitut, das die Aktivitäten der EBWE verfolgt, stellte im Jahr 2008 fest, dass ein Land keine Topbewertung in der EBWE-Prüfung erreichen kann, ohne ÖPPs in der Wasserwirtschaft und im Straßenbau zuzulassen (Bankwatch 2011).

Die EBWE-Intervention verheißt somit eine massive Beschleunigung der Privatisierungen in Ägypten, vor allem in Form der Ausdehnung von ÖPPs. Die derzeitige ägyptische Regierung hat offen ihre Zustimmung dazu bekundet. So bemerkte einer ihrer Sprecher auf der EBWE-Hauptversammlung (20./21. Mai 2011), auf der Ägypten Finanzmittel versprochen wurden: «Die derzeitige Übergangsregierung ist weiterhin dem Grundsatz offener Märkte verpflichtet, den Ägypten nach der bevorstehenden Wahl beschleunigt verfolgen wird» (EBRD 2011b: 2).

In seiner Stellungnahme betonte er: «Öffentlich-Private Partnerschaften haben ein

großes Potenzial als wirksames Mittel zur Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten, vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Dienstleistung (Verkehr, Gesundheit usw.). Deshalb werden wir ÖPP-Initiativen ermutigen.» (EBRD 2011b: 3.) Die ägyptische Regierung hat sich vollständig auf die Pro-Markt-Ideologie festgelegt und versprochen, die Kontrollen über ausländische Investitionen zu lockern, indem sie «die bisherigen Mängel einer übermäßig zentralistischen Regierung überwindet. Darüber hinaus werden wir auf bestehenden Initiativen aufbauen, um ein größeres Maß an Dezentralisierung zu erreichen, insbesondere bei der lokalen Planung und im Finanzmanagement.» (EBRD 2011b: 4.)

Schlussfolgerung

Die genannten Projekte und Investitionen sind nicht die einzigen Merkmale des neoliberalen Projekts, das die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) in Ägypten unterstützen. Der tiefere Grund für die finanzielle Unterstützung ist die bewusste Intervention der westlichen Regierungen in den revolutionären Prozess in Ägypten. Sehr kurzfristig vermögen große Infrastrukturprojekte und andere Wirtschaftsprogramme einige Arbeitsplätze, Wohnungen, Ausbildungsmöglichkeiten und – angesichts des vorherrschenden Gefühls der «Krise» – vielleicht einen Anschein der Rückkehr zur Stabilität zu schaffen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine weitreichende Liberalisierung der ägyptischen Wirtschaft. Sie wird *einzig* mit Maßnahmen wie der Intensivierung der Privatisierung (zweifellos in Form von ÖPPs), weiterer Deregulierung (zunächst wahrscheinlich verbunden mit der Öffnung weiterer Sektoren für ausländische Investitionen), dem Abbau von Handelshemmnissen (verbunden mit dem Zugang zu US-amerikanischen und europäischen Märkten) und der Ausweitung des informellen Sektors (unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung) durchgesetzt werden. Notwendigerweise wird dies eine schnelle Expansion der Gesamtverschuldung Ägyptens zur Folge haben – und das Land damit fest an künftige Strukturanpassungspakete binden.

Im Wesentlichen stellen diese finanziellen Initiativen den Versuch dar, die ägyptischen Militär- und Wirtschaftseliten noch enger an die westlichen Staaten zu binden. Genau weil die politische Form des ägyptischen Staats unter Mubarak ein Ebenbild des Charakters des Kapitalismus im Lande war, war der Aufstand implizit eine Herausforderung der Stellung der Eliten. Der antidemokratische Charakter des Mubarak-Regimes war nicht zufällig, oder das Attribut von Einzelpersonen, er war Ausdruck der institutionalisierten Machtverhältnissen im ägyptischen Kapitalismus (Poulantzas 1973). Das Regime war die institutionelle Form, die der ägyptische Kapitalismus in einer Gesellschaft angenommen hatte, die von einem erstaunlichen (und ständig wachsenden) Ausmaß an Ungleichheit gekennzeichnet und die in einer Region zu Hause ist, die für das globale Machtgefüge der USA zentral ist. Mubarak war das öffentliche Gesicht der Militärregierung; die Entfernung dieses Gesichts ändert nichts am Tatbestand der Militärherrschaft noch an der Art, in der die Dominanz der herrschenden Klasse aufrechterhalten wird (die wiederum ein Baustein in einer breiteren Konstellation der internationalen Klassenherrschaft ist).

Es ist natürlich unmöglich, das Ergebnis der Aufstände vorherzusagen, allgemein ist

aber festzuhalten: Der künftige Verlauf der ägyptischen Revolution wird davon abhängen, wie weit Kämpfe unmittelbar den Klassencharakter der politischen Ökonomie Ägyptens herausfordern können. Dies wird weitgehend vom Erfolg unabhängiger Organisationen der Arbeiter und anderer Teile der Bevölkerung abhängen, und davon, wie stark ihre Mobilisierung breitere Schichten der ägyptischen Bevölkerung gegen die Macht der Armee und der kapitalistischen Klasse zusammenführt. Zweifellos wird ein solcher Prozess zu Differenzierungen innerhalb der Massenbewegung führen, die Mubarak zum Rücktritt zwang, sie zeichneten sich schon in den ersten Tagen danach ab. Die Tatsache jedoch, dass frühere Formen von Massenorganisation nach der Streikperiode 2006–2008 weiter bestanden, bedeutet, dass die Klassenkonfrontation auf höherer Ebene fortgesetzt werden kann.

Wie der Artikel herausgearbeitet hat, hält sich die autokratische Staatsform im Nahen Osten hauptsächlich durch die Art, wie die USA ihre Macht in der Region ausgedehnt haben. Deshalb können die Fragen, die durch die Aufstände aufgeworfen wurden, auch nicht vollständig innerhalb der nationalen Grenzen gelöst werden, die regionale Frage wird jede künftige Entwicklung stark prägen. Erfolgreiche Kämpfe in anderen Teilen des Nahen Ostens mögen dazu beitragen, die Hegemonie der USA zu schwächen. Infolgedessen hat die Dynamik, die der ägyptische Aufstand auf benachbarte Länder übertragen hat, das Potenzial, Ägyptens eigene nationalen Prozesse zu stärken. Eine solche Analyse impliziert jedoch, dass die ägyptische Revolution sich stärker und direkter mit der Natur der externen Herrschaft über den Nahen Osten auseinandersetzt. In dieser Hinsicht kann Ägyptens Aufstand den dauerhaftesten Einfluss zeigen.

Adam Hanieh ist Lecturer in Entwicklungsstudien (Development Studies) an der School of Oriental and African Studies (SOAS), Universität London. Er ist Autor des kürzlich erschienenen Buches Capital and Class in the Gulf Arab States, London: Palgrave-Macmillan, 2011. (Übersetzung aus dem Englischen: Andreas Hametner und Christian Zeller.)

Literatur

- Abdelhamid, Doha and Laila El Baradei (2009): Reforming the Pay System for Government Employees in Egypt, Egyptian Centre for Economic Studies, *Working Paper*, No. 151, June.
- Abdul-Fadil, Mahmoud (1980): *The Political Economy of Nasserism. A Study in Employment and Income Distribution Policies in Urban Egypt 1952–72*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Abdalla, Ahmed (1985): *The Student Movement and National Politics in Egypt 1923–1973*. London: al-Saqi.
- Achy, Lahcen (2010): The Uncertain Future of Egypt's Economic Reforms, Carnegie Endowment for International Peace, <http://carnegie-mec.org/publications/?fa=42179>.
- African Development Bank (ADB) (2000): Economic Reform and Structural Adjustment Programme, Project Performance Evaluation Report (PPER), Operations Evaluation Department, 15 May.
- Bankwatch Network (2011): Are We There Yet? Dilemmas of Transition after 20 Years of the EBRDs Operations, May, CEE.
- Bayat, Asef (1996): Dilemmas of Survival and Solidarity, *Middle East Report*, No. 202.
- Beinin, Joel (2003): Was the Red Flag Flying There? Marxist Politics and the Arab-Israeli Conflict in Egypt and Israel 1948–1965. Berkeley: University of California Press.

- Beinin, Joel (2010): The Struggle for Worker Rights in Egypt, *Solidarity Center*, www.solidaritycenter.org/files/pubs_egypt_wr.pdf.
- Beinin, Joel (2011): Arbeiter und der 25. Januar in Ägypten, *Emanzipation*, Nr. 2, 2011, S. 16–25.
- Birks, J. S. and Sinclair, C. A. (1980): *Arab Manpower: The Crisis of Development*. London: Croom Helm.
- Botman, Selma (1988): *The Rise of Egyptian Communism 1939–1970*. Syracuse, N. Y.: Syracuse University Press.
- Bush, Ray (1999): *Economic Crisis and the Politics of Reform in Egypt*. New York: Westview Press.
- Bush, Ray (Ed.) (2002): *Counter-Revolution in Egypt's Countryside. Land and Farmers in the Era of Economic Reform*. New York: Zed Books.
- Bush, Ray. (2004): Civil Society and the Uncivil State Land Tenure Reform in Egypt and the Crisis of Rural Livelihoods, *United Nations Research Institute for Social Development, Programme Paper*, No. 9.
- Central Agency for Public Mobilization And Statistics (CAPMS), Arab Egyptian Republic, www.capmas.gov.eg.
- Committee on International Relations (CIR) (2003): Hearing Before the Committee on International Relations, House of Representatives 118th Congress, First Session, 10 June, 2003. Serial No.108-57.
- Consortium for Applied Research on International Migration (CARIM) (2010): Migration Profile, Egypt, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, April.
- Egypt Investment Portal (EIP) (2011): PPP Strategy. www.investment.gov.eg/en/Investment/Pages/PPP-Strategy.aspx.
- El Mahdi, Alia (2002): Employment Paper, 2002/5 Series on the Informal Economy, «Towards Decent Work in the Informal Sector: The Case of Egypt», International Labour Organization, Geneva.
- European Bank for Reconstruction and Development Transition Report (2010): Recovery and Reform. www.ebrd.com/pages/research/publications/flagships/transition.shtml.
- European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) (2011): Egypt – Statement on the occasion of EBRD Annual Governors' Meeting, Astana, Kazakhstan, May 20–21, 2011, www.ebrd.com/pages/news/events/am_astana/speeches/AM015e-X.pdf.
- Handoussat, H. and G. Potter (1991): *Employment and Structural Adjustment: Egypt in the 1990s*. Geneva: The American University in Cairo Press.
- Hanieh, Adam (2011): *Capitalism and Class in the Gulf Arab States*. London: Palgrave-MacMillan.
- Hanieh, Adam (2008): Palestine in the Middle East: Opposing Neoliberalism and US Power, *MRzine*, 19 July.
- International Monetary Fund (IMF) (2006): Arab Republic of Egypt: Article IV Consultation.
- IMF (2010): Article IV Consultation Mission, Concluding Statement, February 16, 2010, www.imf.org/external/np/ms/2010/021610.htm.
- IMF (2011): Economic Transformation in MENA: Delivering on the Promise of Shared Prosperity, IMF Staff Report to the G8 Summit, www.imf.org/external/np/g8/pdf/052711.pdf.
- Institute of International Finance (2011): The Arab World in Transition: Assessing the Economic Impact, Institute of International Finance, 2 May.
- Joya, Angela (2008): Egyptian Protests: Falling Wages, High Prices and the Failure of an Export-Oriented Economy, *The Bulletin*, June 2.
- Kadri, Ali (2011): A Period of Revolutionary Fervour, *New Politics*, 19 February, <http://newpolitics.mayfirst.org/node/431>.
- Kirkpatrick, David (2011): Egyptians Say Military Discourages an Open Economy, *New York Times*, 17 February, www.nytimes.com/2011/02/18/world/middleeast/18military.html.
- Kotschwar, Barbara and Jeffrey J. Schott (2010): Reengaging Egypt: options for US-Egypt economic relations, *Peterson Institute for International Economics*.
- McNally, David (2011): Night in Tunisia: Riots, Strikes and a Spreading Insurgency, www.socialistproject.ca/bullet/455.php.

- Mitchell, Timothy (1999): Dreamland: The Neoliberalism of Your Desires, *Middle East Research and Information Project* (MERIP), No. 210.
- Mitchell, Timothy (2002): *Rule Of Experts: Egypt, Techno-Politics, Modernity*. Berkeley: University of California Press.
- Overseas Private Investment Corporation (OPIC) (2011): OPIC Support for Private Sector Investment in Egypt, OPIC Factsheet, www.opic.gov/sites/default/files/OPICfactsheetegypt.pdf.
- Poulantzas, N. (1973): *Political Power and Social Classes*. London: New Left Books.
- Ramalho, Rita (2007): Adding a Million Taxpayers, in *Celebrating Reform 2007: Doing Business Case Studies*, World Bank.
- Rashwan, Hoda (2011): Study: 16.3 million Egyptians now live below poverty line, *Al Masry Al Yowm*.
- Savas, Emanuel (2005): *Privatization in the City*, CQ Press, Washington DC.
- Sharp, Jeremy (2010): U.S. Foreign Assistance to the Middle East: Historical Background, Recent Trends, and the FY2011 Request, *Congressional Research Service*, Washington DC.
- Vitalis, Robert (1995): *When Capitalists Collide. Business Conflict and the End of Empire in Egypt*, Berkeley: University of California Press.
- White House (2011a): Remarks by the President on Egypt, February 11.
- White House (2011b): Remarks on the Middle East and North Africa, www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/05/19.
- World Bank (2010): *Global Economic Prospects: Crisis, Finance and Growth*. Vol.1, Summer 2010, Washington, <http://go.worldbank.org/WYOSFAJOI0>.
- World Bank (2011): World Bank Group Announces up to \$6 Billion for Egypt and Tunisia, *World Bank Press Release*, 24 May, <http://go.worldbank.org/5U0OG5PRB0>.
- Wurzel, Ulrich (2009): The political economy of authoritarianism in Egypt. In: L. Guazzone and D. Pioppi (Ed.): *The Arab state and Neo-Liberal Globalization. The Restructuring of State Power in the Middle East*, Reading: Ithaca Press.
- Zohry, Ayman and Barbara Harrell-Bond (2003): Contemporary Egyptian Migration: An Overview of Voluntary and Forced Migration, *Forced Migration and Refugee Studies Programme*, American University in Cairo.